

Satzung über die Straßenreinigung
der Gemeinde Gammelby

Aufgrund der § 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 11.11.1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 410), geändert durch Gesetz vom 15.02.1978 (GVOBl. Schl.-H. S. 28), des § 45 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) vom 22.06.1962 (GVOBl. Schl.-H. S. 237) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 19. Oktober 1978 und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde für das Gebiet der Gemeinde Gammelby folgende Satzung erlassen:

§ 1
Reinigungspflicht

Alle öffentlichen Straßen (§§ 2, 57 StrWG, § 1 Bundesfernstraßengesetz) innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 4 Abs. 1 Sätze 2 und 3 StrWG) Gammelby sind zu reinigen.

§ 2
Auferlegung der Reinigungspflicht

1. Die Reinigungspflicht wird für folgende Straßenteile

- a) die Gehwege
- b) die begehbaren Seitenstreifen
- c) die Radwege, auch soweit deren Benutzung für Fußgänger verboten ist
- d) die nur für Fußgänger bestimmten Teile von Fußgängerstraßen
- e) die Fußgängerstraßen
- f) die Rinnsteine
- g) die Gräben
- h) die Grabenverrohrungen, die dem Grundstücksanschluß dienen
- i) die Hälfte der Fahrbahnen
- j) die als Parkplatz für Kraftfahrzeuge besonders gekennzeichneten Flächen

in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke den Eigentümern dieser Grundstücke auferlegt.

2. Anstelle des Eigentümers trifft die Reinigungspflicht

- a) den Erbbauberechtigten
- b) den Nießbraucher, sofern er unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück hat
- c) den dinglich Wohnberechtigten, sofern ihm das ganze Wohngebäude zur Benutzung überlassen ist.

3. Ist der Reinigungspflichtige nicht in der Lage, seine Pflicht persönlich zu erfüllen, so hat er eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen.

4. Auf Antrag des Reinigungspflichtigen kann ein Dritter durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gemeinde Gammelby mit deren Zustimmung die Reinigungspflicht an seiner Stelle übernehmen. Die Zustimmung ist jederzeit widerruflich und nur so lange wirksam, wie eine ausreichende Haftpflichtversicherung durch den Dritten besteht.

§ 3

Art und Umfang der Reinigungspflicht

1. Die zu reinigenden Straßenteile sind an jedem Sonnabend und an jedem Werktag vor gesetzlichen Feiertagen

in der Zeit vom 01.04. bis 30.09. bis 19.00 Uhr und
in der Zeit vom 01.10. bis 31.03. bis 17.00 Uhr

zu säubern und von Unkraut zu befreien, wozu auch die Knickräumung rechnet. Die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranschlüsse sind jederzeit sauberzuhalten. Einer mit der Reinigung verbundenen Staubentwicklung ist bei frostfreier Witterung durch Sprengen mit Wasser vorzubeugen. Im übrigen richten sich Tag, Art und Umfang der Reinigung nach den örtlichen Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

2. Der Bürgermeister kann im Einzelfalle eine zusätzliche Reinigung anordnen, wenn diese aus besonderem Anlaß erforderlich ist. Die Anordnung ist ortsüblich bekanntzugeben.

§ 4

Reinigungspflicht bei außergewöhnlicher Verunreinigung von Straßen und Gehwegen

Der Verantwortliche für eine über das übliche Maß hinausgehende Verunreinigung von öffentlichen Straßen und Gehwegen hat diese Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhafte Verzögerung zu beseitigen. Andernfalls kann die Gemeinde Gammelby die Verunreinigung auf Kosten des Verantwortlichen beseitigen. Unberührt bleibt die Verpflichtung des nach § 2 Reinigungspflichtigen, die Verunreinigung nach Maßgabe der Bestimmungen des § 3 zu beseitigen, soweit dies ihm zumutbar ist.

§ 5

Art und Umfang der Streu- und Schneeräumpflicht

1. Die Gehwege, die Fußgängerüberwege und die besonders gefährlichen Fahrbahnstellen, bei denen die Gefahr auch bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nicht oder nicht rechtzeitig erkennbar ist, sind bei Glatteis mit abstumpfenden Stoffen zu bestreuen.

Nach 20.00 Uhr entstehendes Glatteis ist bis 8.00 Uhr des folgenden Tages, das in der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr entstehende Glatteis so oft wie erforderlich, unverzüglich zu beseitigen. Dies gilt auch für Glätte, die durch festgetretenen Schnee entstanden ist.

2. Die Gehwege sind von Schnee zu befreien. Nach 20.00 Uhr gefallener Schnee ist bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu räumen. In der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr gefallener Schnee ist innerhalb einer Stunde nach beendetem Schneefall zu räumen.

Bei außerordentlichen Schneeverwehungen, die in der im § 5 Absatz 2 genannten Zeit nicht beseitigt werden können, übernimmt die Gemeinde Gammelby die Schneeräumung. Entstehende Kosten werden durch die Gemeinde getragen. Haus- und Hofeingänge sind nach der Durchfahrt des Schneepfluges durch die Eigentümer gemäß § 1 selbst freizuhalten.

3. Die Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte zu streuen. Auf den mit Sand, Kies oder Schlacke befestigten Gehwegen ist nur Glätte zu beseitigen, jedoch sind Schneemengen, die den Fußgängerverkehr behindern, unter Schonung der Gehflächen zu entfernen.
4. Die Freihaltung der Einläufe in Entwässerungsanlagen sowie der dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranlagen von Schnee und Eis obliegt der Gemeinde Gammelby.
5. Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn grenzenden Drittel des Gehweges oder einem Seitenstreifen zu lagern. Wo dieses nicht möglich ist, können Schnee und Eis auch auf den Fahrbahnrand gelagert werden. Von anliegenden Grundstücken darf der Schnee nicht auf die Straße geschafft werden. Der Fahr- und Fußgängerverkehr darf hierdurch nicht gefährdet werden. Die Rinnsteine, die Einläufe in Entwässerungsanlagen und die dem Feuerlöschwesen dienenden Wasseranschlüsse sind von abzulagerndem Schnee und Eis freizuhalten, unbeschadet der Vorschrift nach Absatz 4.
6. Gehwege im Sinne der vorstehenden Absätze sind alle Straßenteile, deren Benutzung durch Fußgänger geboten ist (§ 2 Absatz 1 Satz 1 Nr. a - e). Wo ein Gehweg nicht besonders abgegrenzt ist, gilt als Gehweg ein begehbarer Seitenstreifen oder ein den Bedürfnissen des Fußgängerverkehrs entsprechender Streifen der Fahrbahn.
7. Die Aufstellung von gemeindeeigenen Schneezäunen an schneeverwehungsanfälligen Gemeindewegen liegt im Ermessen der Gemeinde Gammelby.

§ 6

Kostenerstattung

Eine Kostenregelung für die in dieser Satzung festgelegte Reinigungs-, Streu- und Schneeräumungspflicht entfällt.

§ 7

Verletzung der Reinigungspflicht

Wer die ihm durch diese Satzung auferlegte oder von ihm übernommene Reinigungspflicht nicht erfüllt, handelt ordnungswidrig (§ 56 Absatz 1 Nr. 6 StrWG). Die Ordnungswidrigkeit kann durch eine Geldbuße geahndet werden.

§ 8 Grundstücksbegriff

1. Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach dem Bewertungsgesetz bildet.
2. Als anliegend im Sinne dieser Satzung gilt auch ein Grundstück, das durch einen Graben, eine Böschung, einen Grünstreifen, eine Mauer oder in ähnlicher Weise vom Gehweg oder der Fahrbahn getrennt ist, gleich, ob es mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenstreifen an einer Straße liegt. Das gilt jedoch nicht, wenn ein Geländestreifen zwischen Straße und Grundstück nach § 2 StrWG weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist.

§ 8 a Datenverarbeitung

1. Zur Ermittlung der Reinigungspflichtigen nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErlG der Gemeinde bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch die Gemeinde zulässig. Die Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Ermittlung der Reinigungspflichtigen nach dieser Satzung weiterverarbeiten.
2. Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Reinigungspflichtigen und von nach dem Absatz 1 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Reinigungspflichtigen mit den für die Aufgaben nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Ermittlung der Reinigungspflichtigen nach dieser Satzung zu verwenden und weiterzuverarbeiten.

§ 9 Inkrafttreten

1. Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.
2. Die Genehmigung nach § 17 GO und § 45 StrWG wurde mit Verfügung der Kommunalaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde vom 7. Dezember 1978 erteilt.

Stand: März 1996

Eingearbeitet ist die I. Nachtragssatzung vom 23.11.1993.